



Jerusalem

Trumps Neuansatz, Netanjahus Mut, as-Sisis Vorsicht, Merkels UN

Während London ein **Attentat** auf Premier May durch Jihadisten abwehrte – Nummer neun seit **März**, fünf Mal kamen sie durch und töteten 36 in **London** und **Manchester** –, wirkt Trumps **Doktrin** des **prinzipientreuen** Realismus. Er hat Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt und am **6. Dezember** angewiesen, die Botschaft dahin zu verlegen. So erfülle er einen Kongress-Beschluss von 1995, den Vorgänger vertagten.



TWH Screenshot

Donald J. Trump meinte, die Zeit sei gekommen, um offiziell Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen: الوقت قد حان للإعتراف رسمياً بالقدس كعاصمة لإسرائيل. Das Weiße Haus legte dazu dreierlei vor, Trumps Proklamation (es lieferte diese gleichwohl auf **Arabisch**), ein Memorandum und eine Erläuterung. Zusammen entsteht, sinngemäß verkürzt, dieses Bild.

Präsident Trumps Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt, Weißes Haus, 6. Dezember 2017

Proklamation: Heute beginnt das neue Vorgehen mit der Anerkennung der Realität, dass Jerusalem Israels Hauptstadt ist, die sich das Volk seit alten Zeiten auserkor, mit dem Parlament, Obersten Gericht; Sitzen von Premier und Präsident sowie vielen Ministerien. Jerusalem ist nicht nur Herz dreier großer Religionen, sondern das Herz einer der erfolgreichsten Demokratien, wo Juden, Christen und Muslime frei leben und beten.
Memorandum: Sechs Monate Aufhebung der Begrenzungen des Jerusalem Botschaftsgesetzes (PL 104-45).
Erläuterung: **1.** Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt, Umzug der Botschaft dahin; **2.** Spezifika & Status Jerusalems samt speziellen Grenzen der israelischen Souveränität in Jerusalem sind Gegenstand von Endverhandlungen der Parteien; Präsident Trump bestätigt den Status quo am Tempelberg, auch bekannt als al-Haram ash-Sharif; **3.** Präsident Trump ist dem Friedensprozess verpflichtet, und bleibt es auch dazu, einen dauerhaften Friedenspakt zwischen Israelis und Palästinensern zu erreichen. Er ist optimistisch, dass Frieden erreicht werden kann. Die Verzögerung von Jerusalems Anerkennung als Israels Hauptstadt hat dem Frieden in den vorherigen beiden Dekaden nicht geholfen. Er ist bereit, eine Zwei-Staaten-Regelung in der Auseinandersetzung zwischen den Israelis und Palästinensern zu unterstützen – sofern ihr die Parteien zustimmen.

Premier **Netanjahu** begrüßte Trumps mutige Erklärung als historischen Tag, da Jerusalem seit 3.000 Jahren Hauptstadt des jüdischen Volkes und seit fast 70 Jahren Israels gewesen sei. Er rief alle Länder auf, Amerika zu folgen, ihre Botschaften dahin zu bringen, und teile Trumps Friedensmühe. Es werde keinen Wandel im Status quo der Heiligen Stätten geben.

Am **Folgetag** mahnte Präsident as-Sisi zur Vorsicht mit Jerusalem, dazu, internationale Normen zu beachten. In Ostjerusalem und im Gaza-Streifen mehrten sich die Proteste, die Hamas rief zur dritten Intifada-Erhebung auf. Der Palästinensische Behördenchef Abbas traf König Abdullah II in Amman. Europa erklang ähnlich wie Mittelost. EU-Chefdiplomat Mogherini warnte vor dunkleren Zeiten. Kanzlerin Merkel sagte, sie sei mit Trump nicht einverstanden. Man müsse sich an UN-Beschlüsse halten und in einer Zwei-Staaten-Lösung den Status von Jerusalem verhandeln. Aber das schloss er ein, zumal er den Willen des Kongresses und seiner Wähler einlöste. Mithin hob er die US-**Enthaltung** zum UN-Beschluss **2334** auf, der Israel "Okkupation seit 1967" gar in Ostjerusalem angelastet hat.

Realitäten

Außenminister **Gabriel** betonte, Jerusalem nicht als Israels Hauptstadt anzuerkennen. Sein Amt redet noch vom "**Nahostkonflikt**". Der verging an Hauptfronten. Neue **Achsen** drehen sich um Iran und Partizipation, kaum Palästinenser. Auch wenn Iraks Premier am 9. Dezember die totale Befreiung seines Landes vom "Islamstaat", **IS**, erklären konnte – **IS**-Chef Abu Bakr al-Baghdadi rief im Audio am 28. September zum Jihadterror auf – und Russland am 7. Dezember die Niederlage der IS-Jihadisten in Syrien angab, so erwiesen Revolten in Mittelost: weder Israel noch Armut bewirken innere Misere, sondern der tiefe Mangel an Mitbestimmung und verantwortungsvoller Regierung – ohne die grassierende Korruption.

Trump öffnete Mittelostlern Türen aus Stagnation und Sackgassen. Jetzt ist es an ihnen, Realitäten wie Chancen zu sehen, ihre Wege zur demokratischeren Einheit und Vertretung zu finden. Mahmud Abbas, vier Jahre gewählt, doch ein Dutzend Jahre im Amt mit gespaltenem Volk, meinte, Amerika sei nicht mehr Friedenssponsor. Ja, wirksame Demokratien sind gegenüber Ihresgleichen selten neutral. Sie suchen zwar Fairness bei Theo- und Autokratien, werden aber aktive, realitätsnahe Bewegungen beachten und eventuell befördern.

UN-Botschafterin Haley, US-Mission **Foto**, meinte es sei nur der gesunde Verstand, die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Die UN, sagte sie am 8. Dezember, habe Friedensaussichten in Mittelost mehr geschadet als genutzt. Diese sei das am meisten feindliche Zentrum gegen Israel. Amerika sehe nicht länger zu, werde Israel unfair angegriffen. Nicht umsonst seien die Pakte des Friedens Ägypten-Israel und Jordanien-Israel vor dem Weißen Haus besiegelt worden. Wahrscheinlich geschehe dies dort ebenso zwischen den Israelis und Palästinensern. Doch die UN sollte jedenfalls Israel nie in einen Pakt drängen.



Am 5. Dezember nahm das Unterhaus das Taylor-Force-Gesetz an. Benannt nach diesem Opfer von Messerstichen in Tel Aviv 2016, beendet es US-Gelder an die Palästina-Behörde, solange diese Mittel zahlt für Terror gegen Amerikaner und Israelis sowie nicht solche Akte verfolgt und verurteilt. Da das Gesetz beide Parteien bejahen, nimmt es der Senat an.

Manche sagen, Trumps Anerkennung Jerusalems beschenke Radikale. Folgen diese nicht ohnehin der Ideologie, wie **Weihnachtsjihad/-Bomben** über Mittelost hinaus zeigen? Dem galt die Militärtagung des Islampakts für Terrorabwehr mit 41 Ländern am 26. November sowie die Bemühung um die gemäßigten Interpretationen des Islam gleichwohl in Kairo. Wenig hat Jerusalem zum Beispiel mit Konflikten im Jemen zu tun, wo die al-Huthis ihren ex-Alliierten und ex-Präsidenten Ali Abdullah Salih am 4. Dezember samt Familie getötet haben. Die Administration hält Teherans Islamische Revolutionsgarde auch für Raketen gegen die Saudis und Emiratis für verantwortlich. Sie fordert wieder von den Seiten einen freien Zugang für die humanitären Hilfen in Jemen und ein Kriegsende auf dem UN-Weg.

Die UN, sofern sie sich reformiert, bleibt relevant. Auf Jerusalem befragt, ob die EU und Deutschland mehr in die Friedensvermittlung einsteigen, meinte Angela **Merkel**, Lösungen für Mittelost könne Europa nicht alleine finden, dafür sei natürlich auch **Amerika** nötig. Ihr amtierender Außenminister, der Amerika als Globalmacht niedergehen sieht, erhellte dies Problem. Indes sein Parteichef **Schulz** als Partner einer Großen Koalition über die "Vereinigten Staaten von Europa bis 2050" schwärmt, kollidiert Gabriel auf der Suche nach einer europäischen **Gestaltungsmacht** dreifach: er findet gar keinen deutschen **Kurs**, trennt nicht Berlin von Brüssel, will auch nicht **Nato**-Gelder aufbringen. Realistische oder träumerische Prioritäten?

Wolfgang G. Schwanitz